



## Politiker wollen Informationsaustausch mit Saudiarabien stoppen

**Fall Khashoggi** Die mutmassliche Ermordung des saudischen Dissidenten wird in der Schweiz zum Politikum.

### Markus Häfliger

Nach dem mutmasslichen Auftragsmord am Dissidenten Jamal Khashoggi soll die Schweiz gegen Saudiarabien Strafmassnahmen ergreifen. Auf Twitter fordert SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer, dass der Bund die Vorarbeiten für den automatischen Informationsaustausch (AIA) von Bankdaten mit Saudiarabien sofort stoppt. Zudem dürfe das neue Doppelbesteuerungsabkommen mit Saudiarabien, das im Parlament hängig ist, nicht ratifiziert werden – und zwar «bis zur restlosen Aufklärung des Mords».

Damit weist Leutenegger als erste Politikerin darauf hin, dass zwischen der Schweiz und Saudiarabien derzeit zwei bedeutende Geschäfte pendent sind. Im Dezember 2017 hatte sich das Parlament dazu durchgerungen, mit 41 weiteren Staaten inklusive Saudiarabien den AIA einzuführen. Gestützt darauf sammeln die Banken jetzt auch über saudische Kontoinhaber Bankinformationen. Im September 2019 soll die Schweiz die erste Datenlieferung nach Riad schicken.

Zudem hat Finanzminister Ueli Maurer (SVP) im Februar 2018 das allererste Doppelbesteuerungsabkommen mit Saudiarabien unterzeichnet. Spätestens ab der Märzsession 2019 wird das Parlament über dessen

Ratifizierung beraten.

Pikant ist, dass der Ruf nach dem Stopp der Steuerkooperation mit Riad ausgerechnet aus der SP kommt. Vor knapp einem Jahr votierten Leutenegger und ihre Partei noch geschlossen für den AIA mit Saudiarabien. SVP, FDP und CVP hingegen sagten im Nationalrat dazu mehrheitlich Nein; erst im zweiten Durchgang gab der Nationalrat auf Druck des Ständerats nach.

### AIA im Einzelfall prüfen

Doch zuvor hatte sich das Parlament ein Vetorecht ausbedungen: Bevor der Bund die Daten im Herbst 2019 effektiv nach Riad (und die anderen Staaten) sendet, muss er die Wirtschafts-

kein Freipass ist, Bankdaten an Potentaten, ja Mörder auszuliefern, die die Menschenrechte krass verletzen», sondern dass man die Lieferung an jedes Land im Einzelfall prüfen müsse.

SVP-Nationalrat Thomas Matter kommentiert Leuteneggers Äusserungen spitz: «Langsam dämmert es auch der Linken, dass man mit solch rechtsstaatlich problematischen Ländern keinen AIA einführen darf.» Für Matter bestätigt der Fall Khashoggi das, wovon er immer gewarnt habe. Khashoggi sei wahrscheinlich «nur ein Beispiel von Hunderten, die wir in den nächsten Jahren mit dem AIA noch erleben werden» – etwa mit Russland, Kolumbien und anderen Ländern, welche die Menschenrechte mit Füßen treten würden.

Auch CVP-Nationalrat Leo Müller sieht sich jetzt in seiner Skepsis gegen den AIA «mit gefährlichen Ländern» bestätigt. «Wenn man sieht, wie ein solcher Staat mit Menschen umgeht, wird er mit Bankdaten noch ganz anders umgehen.» Hans-Peter Portmann gehörte 2017 ebenfalls zu den Kritikern des AIA mit Saudiarabien. Heute jedoch rät der FDP-Nationalrat von einer Strafaktion ab. Wenn schon, brauche es nun einen international koordinierten Protest. «Einen Alleingang der Schweiz sehe ich kritisch.»



Susanne Leutenegger fordert Strafmassnahmen. Foto: Keystone

kommissionen beider Räte konsultieren. Für Leutenegger ist der Fall Khashoggi nun «ein Anwendungsfall für diesen neuen Prüfungsmechanismus», wie sie auf Anfrage sagt. Es sei für sie immer klar gewesen, «dass der AIA



## Auch ABB-Chef sagt ab

Die Liste der Absagen für die Investorenkonferenz in der saudi-arabischen Hauptstadt Riad von nächster Woche wird immer länger. Nun hat auch ABB-Chef Ulrich Spiesshofer seine Teilnahme an der Veranstaltung abge-sagt, wie ein Sprecher des Elektrotechnikkonzerns gestern sagte. Vor einigen Tagen wurde bereits bekannt, dass Credit-Suisse-Chef Tidjane Thiam der Veranstaltung fernbleibt. Credit Suisse ist strate-gischer Partner der Future Invest-ment Initiative und Thiam sitzt auch im Beratungsausschuss der Veranstaltung. Das Wirtschafts-treffen gilt als das «Davos der Wüste». Gestern sind zudem aus der Schweiz folgende Absagen bekannt geworden: Der Verwal-tungsratspräsident des Zuger Rohstoffkonzerns Glencore, Anthony Hayward, und Partners-Group-Verwaltungsrat Charles Dallara reisen ebenfalls nicht nach Saudiarabien. (sda)